bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 21 | 14. Oktober 2005

Rechte Szene 2

Das zweite Aus
Der Ex-NPD-Vorsitzende Deckert ist ein weiteres Mal seiner Parteiämter verlustig gegangen.

Spitzel und Zuhälter
In der NPD sollen V-Männer mit Wissen von Führungsfunktionären geduldet sein – und die Partei davon finanziell profitieren.

Sammelstelle "Heisenhof"
Nach dem Aufmarsch zur Neonazi-Party.

„Aufrechte Deutsche“
Zunehmende rechte Gewalt in Halberstadt.

Seitenblick 5

Schreckensbilanz
Die Angaben über die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt sind widersprüchlich. Fünf weitere Fälle werden mittlerweile auch offiziell bestätigt.

Grauzone 5

Derrick und die Waffen-SS
Bekannter Drehbuchautor mit NS-Vergangenheit.

"Gemeinschaft Gleichgesinnter"
Rechtslastiges Treffen vor der Gruft.

"Stickiges Meinungsklima"
Ex-Militär Schultze-Rhonhof als Starreferent.

Blick in die Zeitgeschichte 7

Tribunal gegen die Verbrecher
Im November vor 60 Jahren begann in Nürnberg der Prozess gegen die Spitzen des NS-Staates.

Demokratische Initiativen 8

Anstöße geben
Die Internet-Plattform „mut-gegen-rechte-Gewalt.de“ will das politische und zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts verstetigen.

Mit "Andi" gegen Rechts
Ein Bildungs-Comic vermittelt Jugendlichen eine positive Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Meldungen 10

Rechte Szene

Das zweite Aus

Der Ex-NPD-Vorsitzende Deckert ist ein weiteres Mal seiner Parteiämter verlustig gegangen.

Günter Deckerts Comeback als führender NPD-Funktionär währte nicht einmal ein halbes Jahr. Bei einer Sitzung Anfang Oktober beschloss der Bundesvorstand, den 65-Jährigen, der am 24. April zum baden-württembergischen Landesvorsitzenden gewählt worden war, aller Parteiämter zu entheben.

Der Parteivorstand sei „durch Mitteilung der stellvertretenden Landesvorsitzenden“ unterrichtet worden, „dass der Landesverband nicht mehr entsprechend den demokratischen Grundsätzen der Satzung der NPD geführt“ werde, berichtete NPD-Pressesprecher Klaus Beier. Deckert habe „wiederholt eigenmächtig Entscheidungen – ohne Beteiligung des Landesvorstandes – getroffen und die Einladung wichtiger Landesvorstandssitzungen verweigert“. Zudem habe er „satzungswidrig im Ergebnis unkontrollierbare Abstimmungen per E-Post durchgeführt, denen keine Willensbildung im Beschlussorgan vorausgegangen war, wissentlich, dass nicht alle Mitglieder des Vorstandes über eine E-Post-Kommunikation verfügten“. Der Landesverband sei unter seiner Regie „in eine Fraktions- und Gruppenbildung mit gegenseitigen Anschuldigungen“ verfallen.

Die Erfahrung, aus dem Amt gejagt zu werden, macht Deckert nicht zum ersten Mal. Ende 1995 war er – zu der Zeit unter anderem wegen Volksverhetzung in Haft sitzend – als Parteivorsitzender abgesetzt worden, verbunden mit Vorwürfen finanzieller Unregelmäßigkeiten, die sich allerdings nicht bestätigten. Ein „interner Klüngel um Eigenfeld, Voigt u. a.“ habe ihn seinerzeit „über eine ‘Amtsenthebung’ ausschalten“ wollen, hieß es noch in diesem Jahr in einem Lebenslauf Deckerts auf der Homepage der baden-württembergischen NPD. Die Gegnerschaft namentlich zu Udo Voigt und Ulrich Eigenfeld hat sich Deckert über die Jahre bewahrt. Beim Bundesparteitag im März 2002 kandidierte er erfolglos gegen Parteichef Voigt. Zwei Jahre später hatte er sich gegen dessen Vize Eigenfeld zur Wahl stellen wollen, offenbar angesichts der geringen Chancen seine Kandidatur jedoch schließlich zurückgezogen.

Unter anderem Voigt und Eigenfeld vermutet Deckert auch hinter seinem neuerlichen Rauswurf, den er einen „Putsch“ nennt. Schon in der Überschrift eines offenen Briefes schreibt er: „Amtsenthebung durch den PV – die handelnden Figuren sind die gleichen wie im Sept./Okt. 1995“. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ legte er nach und bezeichnete die Parteiführung als „minderwertige Charaktere“ und „Verräter“. Auch seine Stellvertreter im Landesvorsitz, Alexander Neidlein, Janus Nowak und Jürgen Schützinger, kommen nicht ungeschoren davon. Schützinger habe Anfang der 90er Jahre versucht, die NPD zu „liquidieren“ und die Partei um Vermögen gebracht. Wäre es nach Deckert gegangen, hätte der „auf Lebenszeit ausgeschlossene“ Schützinger wohl keine Chance gehabt, wieder in die Partei aufgenommen zu werden. Dass ihm dies im „Rahmen der großen Volksfrontsammlung“ aber doch gelang, sei „ohne Beschluss des Landesvorstandes“ von „Berlin“ durchgesetzt worden. Nowak sei es gerichtlich wegen Urkundenfälschung untersagt, wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte Mitglied einer Partei zu sein. Neidlein schließlich habe er im September den Rücktritt nahe gelegt, als die „taz“ über dessen Söldnertätigkeit an der Seite kroatischer Faschisten und seine Beteiligung an einem Überfall auf ein Lübecker Postamt berichtete. Als er Neidlein als Landesvize vorgeschlagen habe, sei ihm dieses Vorleben „nur in Bruchstücken ... bekannt“ gewesen, behauptet Deckert nun.

Bis zu einem Landesparteitag am 23. Oktober fungiert Deckert-Intimfeind Schützinger als Landesvorsitzender. Lediglich fünf von acht Mitglieder des tief gespaltenen und zerrütteten Landesvorstands votierten für ihn. Ob Deckert bei dem Parteitag noch einmal antritt, ließ er bislang offen. Klar erscheint ihm aber, dass die Kandidatur der NPD bei der Landtagswahl im nächsten März – mit ihr hatte der Bundesvorstand die besondere Eilbedürftigkeit von Deckerts Absetzung begründet – wenig Aussicht auf Erfolg verspricht: „Eines weiß ich schon jetzt mit einer Gewissheit von 99 %: Wir können uns den Wahlantritt sparen, denn wir haben Zeit durch die BTW verloren und wir verlieren jetzt Zeit wegen des Putsches“.

Tomas Sager

Spitzel und Zuhälter

In der NPD sollen V-Männer mit Wissen von Führungsfunktionären geduldet sein – und die Partei davon finanziell profitieren.

Eigentlich legt die NPD Wert darauf, ihre Veröffentlichungen in alter Rechtschreibung zu halten. Doch in wichtigen Fällen kann man ja auch Ausnahmen machen und sogar noch über die Rechtschreibreform hinausgehen, zum Beispiel den Namen eines innerparteilichen Kontrahenten regelmäßig klein schreiben, als sei er nicht einmal des einen Großbuchstabens würdig. Der Völklinger NPD-Stadtrat Otfried Best wird so für den saarländischen NPD-Vorsitzenden Frank Franz zum „best". Denn der hat ihn mit seinem Vorwurf, im Landesvorstand der Partei sitze mit Wissen, Duldung und Ermutigung von Franz' Vorgänger Peter Marx ein V-Mann des Verfassungsschutzes, in gehörige Schwierigkeiten gestürzt. „Leute wie best müssen jetzt spüren, dass die Partei gegen sie zusammensteht", ließ Franz seine Parteikameraden wissen. Doch so einfach bekommt die NPD ihre Reihen offenbar nicht geschlossen.

Glaubt man Best, begannen die aktuellen Turbulenzen mit einem Brief, den er im Juli an Parteichef Udo Voigt gerichtet und in dem er seinen Vorwurf gegen Marx erläutert habe. Was er Marx vorwirft, beschreibt Ex-Parteivordenker Jürgen Schwab, der die Sache in die breitere rechte Öffentlichkeit brachte, so: „Es kann nicht angehen, dass Mitglieder der NPD vom VS mit Anwerbeversuchen behelligt werden, die Mitglieder dann naiv beim Landesvorsitzenden bzw. beim Kreisvorsitzenden nachfragen: ‚Darf man das?' – Der Herr Vorsitzende dann sagt, ja, das darf man, wenn wir beim Spitzelgeld 'halbe halbe' machen. Die Hälfte kriegt der V-Mann der NPD, die andere Hälfte der Kreisverband oder diese geht direkt in die Tasche des Vorsitzenden." Das, so Schwab, sei in der NPD „'guter' Brauch". Marx, so wiederum Best, habe sich aktiv an zwei Anwerbeversuchen des Verfassungsschutz beteiligt; Franz solle davon gewusst haben. Einer der beiden V-Männer, Landesvorstandsmitglied Otto Becker, zahle noch heute monatlich 250 Euro auf das Konto des Landesverbandes. Von Voigt sei er auf die Zeit „nach der Wahl" vertröstet worden, behauptet Best. Voigt selbst behauptet, den Brief nie erhalten zu haben.

Unterdessen melden sich weitere Marx-Kritiker zu Wort. Martin Laus etwa, früher Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Landesverbandes, den Marx inzwischen leitet, erinnert sich daran, „dass Marx mich auf einer Fahrt zu einer Parteivorstandssitzung schräg von der Seite anmachte und sagte, ich solle in Rheinland-Pfalz doch nicht weiter gegen die Agenten vorgehen. Das würde mir nur Ärger bereiten".

Erst sechs Tage nach der ersten Veröffentlichung Schwabs und acht Tage, nachdem ein erster, mit „NPD Köln" unterzeichneter Hinweis auf die V-Mann-Kontakte in einem Neonazi-Forum aufgetaucht war, meldete sich auch die Parteispitze zu Wort. Auf die konkreten Vorwürfe gegen Marx reagierte sie nicht, weil es „wenig Sinn" mache, „auf Einzelheiten einzugehen". Statt dessen erscheint die Diskussion der NPD-Spitze als von staatlichen Stellen lanciert: „Wer erwartet hat, dass unsere staatlichen Gegner Ruhe geben werden, angesichts der Zusammenarbeit zweier Parteien und vieler freier Kräfte, hat zur Realität in diesem Land wenig Bezug." Die Partei will ihre Reihen ungeachtet der Diskussion schließen: „Auch in Zukunft wird versucht werden, uns mit derartigen Gerüchten zu verunsichern. Sich davon nicht beeindrucken zu lassen und der Führung zu vertrauen, die die Partei in den letzten Jahren deutlich nach vorn gebracht hat, ist die beste Abwehr."

Eher verwirrend als erhellend fiel auch die Stellungnahme der Saar-NPD aus. Gleich einleitend ist von „den unsäglichen und irreführenden Anschuldigen des Herrn best, Peter Marx, stellvertretender Parteivorsitzender und auch Frank Franz, Landesvorsitzender im Saarland sowie weitere Personen seien Verfassungsschutzbedienstete", die Rede. Anschuldigungen, die in dieser Form gar nicht aufgetaucht waren, wie Schwab erwiderte: „Best hat nicht behauptet, Marx sei ein VS-Agent ('Verfassungsschutzbediensteter'), sondern vielmehr sozusagen ein Agentenzuhälter, der Funktionäre der NPD zum VS auf den Strich schicke und sich mit ihnen die Spitzelgelder teile." Marx selbst erklärte Tage später, zu keinem Zeitpunkt mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet, keinen V-Mann geworben oder Honorar erhalten zu haben.

Tomas Sager

Sammelstelle "Heisenhof"

Nach dem Aufmarsch zur Neonazi-Party.

Langwedel, ein kleiner Ort mit rund 14 700 Einwohnern, liegt zwischen Weser und A 27. Verdens NPD-Anführer Matthias Schultz hatte die Demonstration am Samstag, dem 8. Oktober unter dem Motto „Stopp Ausländerkriminalität“ angemeldet. Schultz ist Aktivist auf dem „Heisenhof“ in Dörverden. Trotz Auflagen der Verwaltungsbehörden und unbemerkt von der Öffentlichkeit diente der „Heisenhof“ als regionale Wahlkampfzentrale für die NPD und ist ein begehrter Neonazi-Treffpunkt. Dort sammelten sich bereits am Freitag Neonazis aus dem norddeutschen Raum.

Die Demonstration wurde von Harburger Neonazis um Alexander Hohensee dominiert. Gegen einen Aktivisten der „Kameradschaft Hamm“ wurde ein polizeiliches Ermittlungsverfahren eingeleitet. Erschienen war auch der Betreiber des „Radio Nordforum“ aus Achim. Unter den Bremer Teilnehmern befand sich der Hammerskin, bei dem die Polizei kürzlich die verbotene Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit“ beschlagnahmt hatte. Der Gegendemonstration waren rund 200 Teilnehmer gefolgt. Die Neonazis marschierten mit Lautsprecherwagen und Fahnen durch das ländliche Wohngebiet. Hans-Gerd Wiechmann, Ex-Republikaner-Chef aus Lüneburg, hielt einen Redebeitrag auf einer der Zwischenkundgebungen. Die örtlichen Neonazi-Strukturen um den ehemaligen „Sturm 88“ sollen sich während des Aufmarsches an Anti-Antifa-Aktivitäten beteiligt haben.

Anschließend sammelten sich die Neonazis wieder auf dem „Heisenhof“. Viele von ihnen fuhren am Abend zu einer Musikveranstaltung in „Niebuhrs“-Saal in Heiligenfelde. Dort finden seit Monaten Neonazi-Treffen statt, der Vermieter hatte in der „Deutschen Stimme“ für seine Räumlichkeiten geworben. Die Party lief mit einer „Riesen-Anlage“, CDs und Merchandising-Angeboten ab. Organisatoren waren Kameradschaftsanführer Robert Warnecke und Lutz Henze, „Heimdall-Shop“-Betreiber aus Bremen. Gegen 22.00 Uhr, als sich etwa 80 Neonazis aus dem norddeutschen Raum im Saal aufhielten, fuhr die Polizei Diepholz mit einer Hundertschaft und einem Verbotsbeschluss vor.

Andrea Röpke

„Aufrechte Deutsche“

Zunehmende rechte Gewalt in Halberstadt.

Das Städtchen Halberstadt im Harz kommt seit Wochen nicht zur Ruhe. In der Regionalzeitung „Volksstimme“ wurde in mehreren Artikeln über rechte Gewalt in der Region diskutiert. Auslöser war eine von Jugendlichen aus Halberstadt und Umgebung organisierte Demonstration mit dem Titel „Schöner leben ohne Naziläden“. Sie richtete sich gegen den von Rechtsextremisten betriebenen Laden „Ragnarök“ in der Innenstadt von Halberstadt. Die Organisatoren der Demonstrationen sehen in dem Laden einen Ausgangspunkt für rechte Aktivitäten. Die hatten in den letzten Monaten in Halberstadt stark zugenommen und auch außerhalb der Stadt Beachtung gefunden.

So bedrohten rechtsextreme Jugendliche auf dem Halberstädter Altstadtfest am 5. September ausländische Händler. In der „Volksstimme“ beschwerten sich die Betroffenen über den späten Polizeieinsatz. Nur wenige Monate zuvor, am 6. Mai, war am Halberstädter Sommerfest ein farbiger 16-jähriger Jugendlicher mitten in der Altstadt von mehreren Rechtsextremisten zusammen geschlagen und lebensgefährlich verletzt worden. Nur die schnelle Hilfe einer Kellnerin aus einer nahen Kneipe rettete ihm das Leben.

Die Demonstration am 1. Oktober wurde von. 30 Neonazis lautstark gestärkt. Die Teilnehmer wurden mehrmals mit Steinen und Flaschen angegriffen. Der Polizei gelang es oft nur mit Mühe die Rechten abzudrängen, die mehrmals zum alternativen Jugendzentrum Zora vordringen wollten. Gegenüber der „Volksstimme“ bestätigte der Halberstädter Polizeipräsident Rainer Nitsche den Anstieg rechter Gewalt in der Harzregion und äußerte seine Überraschung über die hohe Aggressionsbereitschaft der rechten Szene. Auf rechtsextremen Internetseiten schrieb man von einem „linksextremistischen Aufmarsch gegen Meinungsfreiheit und gesunde Jugendkultur“ und drohte: „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie nationale Menschen nur wegen ihrer politischen Meinung in diesem Land verfolgt werden. ... Wenn Staat und Bürger wegschauen müssen halt die letzten aufrechten Deutschen sich der Sache annehmen.“

Peter Nowak

Seitenblick

Schreckensbilanz

Die Angaben über die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt sind widersprüchlich. Fünf weitere Fälle werden mittlerweile auch offiziell bestätigt.

Das Bundeskriminalamt spricht jetzt von 41 Todesopfern rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung und erwähnt auch Fälle, die früher nicht genannt wurden. In den vergangenen Jahren hatten Bundeskriminalamt und Bundesinnenministerium auf der Basis von Meldungen der Landeskriminalämter Zahlen zwischen 36 und 39 Toten verkündet. Ursache der Schwankungen waren widersprüchliche Angaben aus den Ländern. Eine Sprecherin des Bundeskriminalamtes nannte nun dem Berliner „Tagesspiegel" fünf Fälle, die zur Ausgangszahl von 36 addiert werden. Das letzte Tötungsverbrechen liegt erst ein halbes Jahr zurück. Vor einer U-Bahnstation in Dortmund erstach im März ein rechtsextremer Skinhead den Punk Thomas Schulz. In dem kürzlich begonnenen Prozess am Dortmunder Landgericht hat der Täter ein Geständnis abgelegt.

Als rechts motiviertes Tötungsverbrechen wird jetzt auch der von Skinheads im Juli 2002 verübte Mord an demSchüler Marinus Schöberl im brandenburgischen Potzlow genannt. Außerdem steht nun in der BKA-Liste das Mordopfer Dieter Manzke. Der Obdachlose war im August 2001 in Dahlewitz (Brandenburg) von fünf jungen Männern zu Tode gequält worden. Hinzu kommen zwei weitere Fälle aus dem Jahr 2000. Im November prügelten drei Skinheads in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) mit Baumstützpfählen den Obdachlosen Eckhardt Rütz. Er überlebte die Tortur nicht. Im September 2000 wurde in Schleswig der Obdachlose Malte Lerch von zwei Skinheads erschlagen.

Die vier zuletzt genannten Fälle stehen auch in den Todesopferlisten, die der „Tagesspiegel" und die „Frankfurter Rundschau" seit dem Jahr 2000 veröffentlicht haben. Beide Zeitungen kamen jedoch bis 2003 schon auf 99 Todesopfer rechte Gewalt seit dem Tag der Einheit.

Frank Jansen

Grauzone

Derrick und die Waffen-SS

Bekannter Drehbuchautor mit NS-Vergangenheit.

Die September-Ausgabe der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige" gratuliert Herbert Reinecker, bekannt als Autor der Drehbücher für Krimiserien im Fernsehen wie „Derrick" und „Der Kommissar", anlässlich dessen 90. Geburtstages „sehr herzlich". Reinecker, so heißt es, sei selbst „Leser" des rechtsextremen Blattes. Gelobt wird Reinecker dafür, dass er „weiter den Kontakt zu seinen Kameraden der Waffen-SS hält." Die Redaktion des ewiggestrigen Blattes „wünscht ihm noch weitere Jahre bei guter Gesundheit."

Weithin unbekannt ist, dass der SS-Kriegsberichtserstatter Reinecker vor 1939 dem Stab der Reichsjugendführung (RJF) angehörte und schon im Frühjahr 1932 als Gymnasiast in die Hitler-Jugend eintrat. Ab Mai 1942 agierte Reinecker, zuletzt SS-Oberscharführer, als Hauptschriftleiter der HJ-Reichszeitung „Junge Welt". Damit war er, so die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa", „einer der einflussreichsten Propagandisten des Dritten Reiches, der insbesondere jüngere Menschen für den Nationalsozialismus zu begeistern wusste." Daneben arbeitete Reinecke auch als „Autor einiger von der NS-Kulturpolitik hochgelobter Jugendbücher und Theaterstücke" und impfte „Millionen von Deutschen die braune Ideologie" ein („Nation&Europa"). 1944 lieferte Reinecke das Drehbuch zu dem NS-Erziehungsfilm „Junge Adler", der im Beisein von NS-Parteigrößen und Reichsministern am 24. Mai 1944 mit großem Pomp in Berlin uraufgeführt wurde. Die NS-Führungselite war von diesem Medienereignis, wie es in einer Tischvorlage für Propagandaminister Goebbels hieß, „ausnahmslos begeistert". Der von den Nazis als „staatspolitisch wertvoll" eingestufte Streifen wurde nach 1945 verboten.

Wie es in der „Der Freiwillige" heißt, „vermittelte" Reinecker bis zum vermeintlichen Endsieg „den Lesern in der Heimat von mehreren Fronten anschaulich und spannend das Kriegsgeschehen."

Anton Maegerle

"Gemeinschaft Gleichgesinnter"

Rechtslastiges Treffen vor der Gruft.

Wie jedes Jahr rief der Bismarckbund e.V. am 3. Oktober „Deutsche aus allen Teilen des Vaterlandes in den Sachsenwald“. Schirrmherr Ferdinand von Bismarck empfing einen Teil der etwa 200 geladenen Gäste zunächst in seinem Schloss. In kleiner Runde zeigte der rechtskonservative Adelige seinen Unmut gegenüber dem Zuzug von Migranten, sprach sich gegen den EU-Beitritt der Türkei aus und forderte, dass 60 Jahre nach dem „Untergang“ die Deutschen nun endlich „frei von Schuld“ sein müssten.

Im Bismarck-Mausoleum begann die Feierstunde mit einem Gottesdienst, Pastor i.R. Bruno-Hermann Vahl aus Hamburg zeigte sich als feuriger Anhänger des Kaiserreiches. Dem Bismarck-Bund gehören neben rechten Burschenschaftern, Vertriebenenfunktionären auch Bundeswehroffiziere und Unionspolitiker an. Der Kieler Stadtrat Stephan Ehmke hielt die Festrede zum Themenbereich „Konservative Werte“. Er beklagte, dass es keine „ebenbürtigen Erben in der Reihe Strauß, Dregger und Filbinger“ gäbe, lobte das Wirken von Rechtsaußen wie Armin Mohler und Caspar von Schrenck-Notzing. Ehmke gehört zu den Veranstaltern aus den Reihen der CDU und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, die vor kurzem Martin Hohmann in Kiel zum Vortrag begrüßten.

Auf die Festrede folgte die Verleihung des Bismarck-Ordens in Gold, der jeweils nur von 30 Personen getragen werden darf. Bismarck verdeutlichte, damit „erfolgt die Aufnahme in eine intakte Gemeinschaft Gleichgesinnter“. Unter den Geehrten befindet sich 2005 auch Oberst a.D. Manfred Backerra, Leiter der Hamburger Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, die über rechtsextreme Kontakte verfügt. Im letzten Jahr erhielt Albrecht Jebens den Orden, er ist im Vorstand der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik. Vor der Gruft standen die uniformierten Anhänger des Traditionsverbandes Lützower Jäger Spalier, sie wurden Mitte der 90er Jahre vom Hamburger Verfassungsschutz mit Wehrsportübungen in Verbindung gebracht.

Andrea Röpke

"Stickiges Meinungsklima"

Ex-Militär Schultze-Rhonhof als Starreferent.

In der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wird für eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit“ am 20./21. Oktober in Bremen getrommelt. „Stimme der Mehrheit“ ist der Meinung, dass das Meinungsklima in der Bundesrepublik „stickig“ geworden sei, da die „selbst ernannten Tugendwächter der Political Correctness“ die „geistige Auseinandersetzung“ verhindern würden. „Dem Linkskartell innerhalb der ‘schreibenden Zunft’ will „Stimme der Mehrheit“ daher „eine schlagkräftige Alternative entgegensetzen“.

Zu den Gründungsmitgliedern der 1996 in München als „Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler im Bund der Selbständigen (BDS) – Stimme der Mehrheit“ initiierten Gruppe gehören unter anderem Martin Hohmann (Ex-CDU-MdB), Klaus Hornung (Ex-Präsident des rechtslastigen Studienzentrums Weikersheim), Hans-Helmuth Knütter (Referent bei der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik), der Militärhistoriker Franz Seidler (Referent beim Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen) sowie aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit“ Alexander von Stahl und Karlheinz Weißmann. Als geistiger Vater von „Stimme der Mehrheit“ gilt Joachim Schäfer, Hauptgeschäftsführer des NRW-Landesverbandes des Bundes der Selbständigen und Unterzeichner des „JF-„Appells für Pressefreiheit“.

Starreferent der Tagung im Oktober ist Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, ebenfalls Gründungsmitglied von „Stimme der Mehrheit“. Der Ex-Militär ist ein in extrem rechten Kreisen vielgefragter Autor und Referent. Er ist Buchautor von geschichtsrevisionistischen Werken, die „antideutsche Geschichtslügen widerlegen“, so das DVU-Sprachrohr „National-Zeitung“. Ferner schreibt Schultze-Rhonhof für die revanchistische „Preußische Allgemeine Zeitung“ sowie die extrem rechte „Deutsche Militärzeitschrift“ und hat den vom neurechten Institut für Staatspolitik im Frühjahr dieses Jahres initiierten Aufruf „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen“ unterzeichnet.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Tribunal gegen die Verbrecher

Im November vor 60 Jahren begann in Nürnberg der Prozess gegen die Spitzen des NS-Staates.

Als im September 1945 in Gießen der erste NS-Prozess vor einem deutschen Gericht begann, nahm die Öffentlichkeit das kaum zur Kenntnis. So blieb das bis zum letzten NS-Prozess gegen den Kommandanten eines berüchtigten Arbeitslagers in Südostpolen, Josef Schwammberger, 1992 in Stuttgart. Nur selten wurde das Desinteresse während der folgenden Jahrzehnte unterbrochen, zum Beispiel beim ersten Auschwitzprozess 1963 in Frankfurt am Main oder bei den beiden Treblinkaprozessen in Düsseldorf. Das erste weltweite Interesse erregte im November 1945 – vor 60 Jahren – das Verfahren vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gegen die Spitzen des NS-Staates.

Schon Tage vor der Eröffnung der Hauptverhandlung waren Juristen und Journalisten aus vielen Staaten der Erde in die deutsche Trümmerwüste gereist. Niemand vermochte vorauszusagen, wie lange der Prozess gegen die „Hauptkriegsverbrecher" dauern würde. Nur eines stand bereits im August 1945 nach einer Konferenz der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges USA, UdSSR, England und Frankreich in London fest: Prozessbeginn ist der 20. November 1945 im Gebäude des Landgerichts Nürnberg.

Angeklagt waren 22 Männer: ehemalige Reichsminister, hohe Offiziere und Funktionäre des NS-Staates. Es waren Reichsmarschall Hermann Göring; Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß; Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop; der Generalbevollmächtigte für den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften, Fritz Sauckel; Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht; Reichsjugendführer Baldur von Schirach; der Reichsbevollmächtigte für die besetzten Niederlande, Arthur von Seyss-Inquart; Rüstungsminister Albert Speer; der Gauleiter von Franken und Herausgeber des Hetzblattes „Der Stürmer", Julius Streicher; der persönliche Sekretär Hitlers, Martin Bormann (in Abwesenheit); der Chef der Kriegsmarine, Erich Raeder; U-Boot-Chef Karl Dönitz; der Generalgouverneur von Südpolen, Hans Frank; Reichsinnenminister Wilhelm Frick; Hans Fritsche vom Propagandaministerium; Reichswirtschaftsminister Walter Funk; der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Alfred Jodl; der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes der SS, Ernst Kaltenbrunner; Reichsleiter Robert Ley; Konstantin Freiherr von Neurath als Minister ohne Geschäftsbereich; Hitlers erster Vizekanzler Franz von Papen und der Parteidogmatiker Alfred Rosenberg. Die Anklage beschuldigte sie unterschiedlich der 1. Verschwörung gegen geltendes Recht (Vertrag von Versailles), 2. Verbrechen gegen den Frieden, 3. Kriegsverbrechen, 4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Jeder Angeklagte hatte einen Verteidiger seiner Wahl. Es waren vorwiegend anerkannte deutsche Juristen. Da nach anglikanischem Recht verfahren wurde, galt jeder Angeklagte als schuldig und musste seine Unschuld beweisen. Das war angesichts der Masse der Verbrechen allenfalls in dem einen oder anderen Fall möglich, insgesamt mussten die meisten mit der Höchststrafe rechnen: dem Tod am Galgen. Immerhin ging es um die Ermordung von Millionen Juden, Polen, Kriegsgefangenen, Bürgern der UdSSR, Sinti und Roma, Gräueltaten in allen besetzten Ländern, Plünderungen, Ausbeutung von Millionen Zwangsarbeitern, Ermordung Kranker – um nur die schlimmsten Untaten zu nennen. Um die deutsche Öffentlichkeit über die Vorgänge in Nürnberg zu informieren, mussten alle deutschen Rundfunksender nach jeder Hauptverhandlung ausführlich berichten. Doch nur wenige Deutsche wollten hören, was da zu Tage kam. So blieben die Einschaltquoten niedrig. Am 1. Oktober 1946 lauschten allerdings Millionen Frauen und Männer am Radio, um zu erfahren, wer wie bestraft wurde. Zehn Angeklagte erhielten die Todesstrafe. Bormann war nicht anwesend, Göring hatte Suizid begangen, die anderen Todesurteile wurden am 16. Oktober 1946 in Nürnberg vollstreckt, die Asche der Toten in einem Fluss verstreut. Heß, Funk und Raeder bekamen lebenslänglich, Speer, Neurath, Dönitz und Schirach zehn bis 20 Jahre Haft, von Papen, Schacht und Fritsche wurden freigesprochen. Es war ein Verfahren, in dem Geschichte geschrieben wurde und das Geschichte gemacht hat. Deshalb gibt es zum 60. Jahrestag des Prozessbeginns ein internationales Symposium.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Anstöße geben

Die Internet-Plattform „mut-gegen-rechte-Gewalt.de" will das politische und zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts verstetigen.

Wo fängt eigentlich rechte Gewalt an? Sicher nicht erst da, wo Migranten oder Andersdenkende zu Opfern rechtsextremer Schläger werden. Angelegt ist Gewalt als Grundprinzip im gesamten Konstrukt rechter Ideologie. Und deshalb sind vielfältige und phantasievolle Ideen gefragt, um „Mut gegen rechte Gewalt“ anzuregen, zu fördern und zu unterstützen. Zur gleichnamigen, vor fünf Jahren von der Illustrierten „Stern“ initiierten Aktion gehört seit April 2003 auch eine Internet-Plattform, die regelmäßig umfassend über rechte Gewalt, Gegenaktionen, Projekte gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus informiert.

„Ein zentrales Thema ist für uns, beispielhafte Initiativen vorzustellen und so andere zu eigenem Engagement gegen Rechts zu motivieren“, sagt Holger Kulick, der „mut-gegen-rechte-gewalt.de“ journalistisch betreut. Auf der aktuellen Website wird unter anderem ein Projekt gegen rechte Gewalt von Jugendlichen aus Pirna vorgestellt, die Aufnahme der 250. Schule in die Initiative „Schule ohne Rassismus“ gewürdigt und auf eine Ausstellung über Orte rechter Gewalt in Berlin aufmerksam gemacht.

Aber die Internet-Plattform soll auch Anstöße zu gesellschaftlichen Debatten geben. So haben sich die Macher des bei der Amadeu-Antonio-Stiftung angesiedelten Online-Projektes im zurückliegenden Bundestagswahlkampf eingehend mit den programmatischen Aussagen der Parteien zum Thema Rechtsextremismus befasst und begleiten die beginnenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU/CSU. Holger Kulick: „Es ist wichtig, das Thema in einen größeren Zusammenhang zu stellen und immer wieder deutlich zu machen, dass rechte Gewalt etwas mit dieser Gesellschaft zu tun hat.“ Zentraler Ansatz aller Gegenstrategien müsse die Stärkung der Zivilgesellschaft, aber auch des Problembewusstseins sein. Wenn Medien über rechte Gewalt nur berichteten, sobald sich Übergriffe häuften, wenn in Kommunen und Bundesländern das Problem Rechtsextremismus klein geredet werde, so der Journalist, dann seien Bürger, Initiativen, aber auch Politiker verstärkt gefragt. „Das Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie die vielfältigen Gegenbewegungen müssen einen ständigen Platz in der Öffentlichkeit haben, weil sich nur so Einstellungen verändern können.“

Im Moment krankt es bei diesem Internet-Forum wie bei vielen anderen thematisch ähnlichen Projekten an einer ausreichenden Ausstattung mit Geld. Die anfangs großzügige Unterstützung durch den Stern wie auch durch das Softwareunternehmen SAP ist in letzter Zeit reduziert worden. „Allein auf ehrenamtliches Engagement zu setzen ist zu wenig.“ Davon ist Kulick, der zuvor bei „Spiegel-online“ sowie bei verschiedenen Fernsehsendern gearbeitet hat, überzeugt. Ehrenamtliche Projekte benötigen aus der Sicht des erfahrenen Journalisten die Unterstützung und den theoretischen „Überbau“ durch kontinuierlich arbeitende Profis.

Jeden Monat wird 50.000- bis 80.000-mal auf die Homepage zugegriffen. Zu den Nutzern zählen viele Jugendliche, die bei der Internetrecherche auf mut-gegen-rechte-gewalt.de gelangen und dort oft erstmals umfassende Informationen zum Thema erhalten. Holger Kulick: „Wir haben mittlerweile entschieden, sehr viel mehr Meldungen als in der Anfangszeit auf der Seite stehen zu lassen.“ Um die siebzig Kurztexte finden sich derzeit auf der Seite, anfangs waren es lediglich zehn bis zwölf. Die Erfahrung habe gezeigt, dass viele Nutzer von der Homepage nicht zu den Hintergrundinformationen weiterklicken. So bietet die Vielzahl der Meldungen zumindest die Chance, sich schnell einen Überblick über das Themenspektrum zu verschaffen. Und jeder, der tiefer einsteigen möchte, erhält per Mausklick mehr Informationen, Termine und Kontaktadressen.

Gudrun Giese

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Mit "Andi" gegen Rechts

Ein Bildungs-Comic vermittelt Jugendlichen eine positive Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Vor wenigen Wochen hat der neue nordrhein-westfälische Innenminister. Ingo Wolf den vom Landesverfassungsschutz konzipierten „Comic für Demokratie und gegen Extremismus“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit der Publikation des Bildungscomics „Andi“ soll gezielt rechtsextremistischen beziehungsweise antidemokratischen Agitatoren durch überzeugende, an die Lebenswelt von Jugendlichen angepasste Argumentation der Wind aus den Segeln genommen werden.

Ein positiver Bezug auf die freiheitliche demokratische Grundordnung ist der Dreh- und Angelpunkt des Projekts. Darüber hinaus werden insbesondere der Rechtsextremismus und seine Symbole gezielt entmystifiziert. Es wird außerdem aufgezeigt, was hinter rechtsextremistischen Geschichten, Mythen und Symbolen steckt: keine edlen, fleißigen und guten „Kameraden“, sondern oft historische Verklärung von Verbrechen, Selbstdarsteller und Geschäftemacher.

Hauptsächliche Zielgruppe der Publikation sind Jugendliche und Schüler zwischen 14 und 18 Jahren ohne geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild. Bei Personen dieser Altersgruppe würden Textwüsten wirkungslos bleiben. Angezeigt ist daher eine Medienform, mit der sich die jungen Menschen beschäftigen und die an die Alltagserfahrungen Jugendlicher anknüpft. Es lag daher nahe, das Stilmittel Bildungs-Comic, also den Gebrauch des Stilmittels Comic mit Bildungsinhalten, zu wählen.

In diesem Sinne stellt der Bildungs-Comic den Alltag in einer beliebigen Schule dar, in der Schülerinnen und Schüler unterschiedlichster politischer Überzeugungen und Herkunft täglich interagieren. Im Mittelpunkt steht der Informationsgehalt, der durch das Stilmittel Comic eingerahmt wird. Der Comic ist ausdrücklich als viel versprechendes jugendorientiertes Transportmittel anzusehen, das für den hier genannten Themenkomplex den größten Erfolg verspricht. Das bestätigte eine vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz durchgeführte Testphase an 9. bis 11. Klassen verschiedener Schultypen mit einer Umfrage unter über 100 Schülerinnen und Schülern. Auf dieser empirischen Grundlage wurde auch der Zeichner ermittelt. In einer zweiten Testphase wurde eine vorläufige Fassung des Comics in den 9. bis 11. Klassen verschiedener Schultypen vorgestellt. Die Ergebnisse dieser Befragung sind in die Endfassung des Comic mit eingeflossen.

Der Heft hat eine Erstauflage von 100 000 Stück. Es enthält außerdem weitere Informationen zum Themenkreis Rechtsextremismus und Demokratie. Die Veröffentlichung soll Gegenstand von Unterricht und Demokratieerziehung sein. Eine weiter gehende thematische Begleitung durch Pädagoginnen und Pädagogen ist ausdrücklich erwünscht.

In den ersten vier Wochen nach Erscheinen sind bereits rund 50 000 „Andi“-Hefte bestellt worden. „Die Resonanz auf unseren Andi-Comic übertrifft alle Erwartungen!“, zieht NRW-Innenminister Wolf eine erste Bilanz nach dem Start der Aktion. Das Heft wurde einhellig positiv aufgenommen, in Schulen, von der Presse und von der interessierten Öffentlichkeit. Auch Ingo Wolf ist begeistert: „Der Comic spricht den Jugendlichen aus der Seele. Sie wollen dem Rechtsextremismus keine Chance geben.“

Die Geschichte um Andi, Ayshe, Ben und die anderen soll aber nicht mit diesem Comic enden. Sämtliche Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen sind zu einem Wettbewerb eingeladen. Die beste Fortsetzung wird vom Zeichner Peter Schaaf illustriert und im Internet veröffentlicht. Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2005.

Weitere Informationen sind im Internet unter http://www.andi.nrw.de abrufbar.

Jonas Gutzeit

Das Heft kann bestellt werden über: Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Referat 611, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf oder über: Kontakt@andi.nrw.de

Meldungen

„Freier Widerstand" gehackt

Dortmund/Duisburg/Ettlingen – Antifa-Hacker haben die Internetseite des „Freien Widerstands" vorübergehend zum Verschwinden gebracht – und damit auch Internas der Neonaziszene aufgedeckt. In der Nacht zum 1. Oktober „knackten" sie die Seite, die zu den wichtigsten Internetportalen der Neonaziszene gehört. Zwar ist die Homepage seit dem Abend des 4. Oktober teilweise wieder erreichbar. Doch der Schaden für die Betreiber – als Administratoren wurden drei Neonazis aus Dortmund, Duisburg und Ettlingen geoutet – dürfte dennoch beträchtlich sein: Öffentlich nachzulesen sind seit der Attacke auf die Internetseite auch die zuvor nichtöffentlichen Foren der Seite sowie annähernd 7000 „Private Nachrichten", die sich die User des Forums, darunter Christian Worch, Axel Reitz, Thomas Brehl oder Norman Bordin, in den letzten Jahren untereinander zukommen ließen und die aufschlussreiche Einblicke ins „Innenleben" der nicht-parteigebundenen Neonazis ermöglichen. Der Berliner „Tagesspiegel" vermutet, dass diese Datensätze jetzt auch von Polizei und Verfassungsschutz ausgewertet werden.Vorausgegangen waren in den letzten Wochen Hacking-Attacken gegen Musikversände der Neonaziszene, in deren Folge komplette Kundenlisten der Internetshops mit rund 3000 Namen veröffentlicht wurden. Der „Freie Widerstand" hatte daraufhin den Leichtsinn der Versandhausbetreiber angeprangert – und wurde nun selbst zum Ziel der Hacker. Die Datenbank des „Freien Widerstands" sei „ausgelesen und komplett in lesbarer Form veröffentlicht" worden, räumen die Betreiber der Seite zähneknirschend ein. So seien „auch Internas ans Tageslicht gekommen", bedauern sie. (ts)

NPD-Kandidatin vor Gericht

Medebach – Daniela Wegener, „freie" Kandidatin für die NPD bei der Landtagswahl in NRW im Mai, muss sich wegen Wählertäuschung vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, sich im Vorfeld der Wahl Unterstützungsunterschriften erschlichen zu haben. Die 31-Jährige soll unter dem Vorwand einer Unterschriftenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei Bürger dazu gebracht haben, für den Wahlantritt der NPD zu unterschreiben. Angeklagt ist sie vor dem Amtsgericht Medebach, weil dort ein weiteres Verfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen sie anhängig ist: In Winterberg soll sie bei einer Gedenkveranstaltung am Grab von zwei Neonazis, die vor acht Jahren bei einem Unfall ums Leben gekommen waren, „Sieg Heil" gerufen haben. Im Zusammenhang mit den erschlichenen Unterstützungsunterschriften wird auch gegen den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer und die hessische NPD-Funktionärin Marion Figge ermittelt. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de